
Quo vadis, Europa?

Josef Taus

Nach den beiden mörderischen »europäischen« Weltkriegen im 20. Jahrhundert war es mit der Weltbedeutung der europäischen Staaten vorbei, und es war eine heroische politische Entscheidung, mit einem europäischen Einigungsprozeß zu beginnen. Es gibt eine schier unübersehbare Literatur über die Phasen des Einigungsprozesses, so daß einige Hinweise genügen. Am Anfang stand der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS/Montan-Union), der 1951 von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet wurde. Der Vertrag trat 1952 in Kraft. 1955 wurde von den EGKS-Staaten beschlossen, die Integration auf alle Wirtschaftsbereiche auszudehnen. 1957 sind in Rom die »Römischen Verträge« unterzeichnet worden. Ziel dieses Vertrags war die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der nationalen Wirtschaftspolitiken. Durch die einheitliche europäische Akte sind die Organe der Gemeinschaft gestärkt worden, die Kompetenzen der Gemeinschaft und die Ziele der Integration wurden erweitert. 1993 ist der Vertrag über die EU in Kraft getreten. Ein gewaltiger Schritt war die Einführung des Euro in elf EU-Staaten (inzwischen siebzehn) 1999. Im Vertrag von Amsterdam, 1997 unterzeichnet, wurde als neues Ziel der Union die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts festgeschrieben. Und im Lichte der Krisen am Balkan ist die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickelt worden. Durch den Vertrag von Lissabon 2009 soll die EU demokratischer, transparenter und handlungsfähiger werden.

Das ist kurz die Geschichte, eine große Leistung, wenn man bedenkt, was in den beiden Weltkriegen passiert ist. Der Kommunismus drang bis nach Mitteleuropa vor, der Kalte Krieg zwischen West und Ost dominierte viele Jahre die Politik. In die Phase des Kalten Krieges hinein wurde die EU gegründet, um den Rest Europas einander näherzubringen. Unterdessen hat sich die Welt verändert. Vor mehr als zwanzig Jahren ist das Regime des Sowjetkommunismus zusammengebrochen, das planwirtschaftliche Experiment ist gescheitert. Eine Reihe europäischer Staaten hat sich vom Sowjetimperialismus gelöst: Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Bulgarien und

Rumänien. Die baltischen Staaten haben sich von Sowjetrußland gelöst und sind so wie die vorhin genannten Länder der EU beigetreten. Weißrußland und die Ukraine haben sich verselbständigt. Jugoslawien, das Land des-Tito-Kommunismus, zerfiel nach blutigen Auseinandersetzungen. Slowenien, Kroatien sind unterdessen EU-Mitglieder. Ohne der Entwicklung vorzugreifen, wird Serbien wohl auch EU-Mitglied werden. Die EU ist damit ziemlich groß geworden. Aber anders als in der Zeit der großen Kolonialreiche von England, Frankreich, Spanien, ganz kurz auch Deutschland; Rußland hatte zu Zeiten seiner größten Ausdehnung mehr als 20 Millionen km² Fläche.

Bundesstaat EU – wird noch dauern

Was soll nun aus Europa werden? Ein Bundesstaat oder ein sehr eng kooperierender Staatenbund? Zu einem Bundesstaat *sui generis* wird es noch dauern, es sollte aber dieses Ziel nicht aus den Augen verloren werden. Ob Staatenbund oder Bundesstaat, meines Erachtens kann nur eine Ländergruppe mit einem starken föderalistischen Konzept das Ziel sein, das den zentralen Bürokratismus nicht übertreibt. Aber noch ist die EU ein Staatenbund, der sich in die Richtung eines Bundesstaates bewegt, zumindest partiell.

Wobei eines festgehalten werden soll: Egal ob die EU als Staatenbund oder Bundesstaat bezeichnet wird, sie wird eine Konstruktion *sui generis* sein. Und sie benötigt eines: eine umfassende, möglichst präzise Regelung der Kompetenzen der Mitgliedsstaaten und der Zentrale. D. h. ein umfassendes Subsidiaritätskonzept, einen weitgehenden Föderalismus. Das ist nicht einfach, aber notwendig, wenn man eine eng verbundene Staatengemeinschaft sein will. Wobei klar ist, daß eine gemeinsame Währung wie der Euro für die Staaten, die ihn eingeführt haben, ein erheblicher Souveränitätsverzicht ist.

Seit dem Vertrag von Amsterdam, der 1999 in Kraft getreten ist, ist es Ziel der Union, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Innengrenzen zu errichten. Trotzdem, die großen, in den EU-Staaten bestehenden wirtschaftlichen, sozialen, historischen und größenmäßigen Unterschiede verlangen, wie gesagt, ein sehr präzises Subsidiaritätsregime oder, um es drastisch zu sagen: Wenn man die Subsidiaritätsregime föderalistisch organisierter Staaten in der EU betrachtet, es sind das im wesentlichen Deutschland und Österreich, muß einem klar sein, daß diese Form des Föderalismus für den EU-Raum zu schwach ausgebildet ist. Das wird manche wundern, aber wenn man erfolgreich im Integrationsprozeß sein will, wird man einen viel weitergehenden Föderalismus in der EU hinreichend genau formulieren müssen.

Das sollte sehr rasch geschehen, wird aber sicher eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen. Wie wir bereits erwähnt haben, waren 1945 die Weltmachtpositionen der europäischen Staaten vorbei. Lediglich die Sowjetunion hat ihre Weltmachtposition erheblich ausgebaut, indem ihre Einflußsphäre bis Mitteleuropa ausgedehnt wurde. Wenn wir die heutige Weltlage betrachten, sehen wir, daß es zu einer Dominanz der Großstaaten gekommen ist, die es in dieser Form noch vor 50 Jahren nicht gegeben hat. Die USA, die ja letztlich die europäischen Weltkriege wesentlich mit entschieden haben, sind im 20. Jahrhundert zur Weltmacht aufgestiegen und halten diese Position bis heute. Rußland ist nach wie vor, schon im Lichte seiner geographischen Ausdehnung, zu den Großmächten zu zählen. China ist, nachdem sein

ökoi
Groß
Vora
gern
beit,
dies
Bras
4,5
natu
best
J
wis:
Wir
Teil
in F
nati
Ode
krat
Nur
ven
len

erle
zwi
gef
zog
sch
sin
zur
Mi
Ro
siv
dei
hal

ge
sch
ma
be
Ze
ne
No
Be
gi
ne
de
lic

st und sind so
nd die Ukraine
nismus, zerfiel
lessen EU-Mit-
h EU-Mitglied
in der Zeit der
auch Deutsch-
Millionen km²

eng kooperie-
dauern, es soll-
und oder Bun-
arken föderali-
ibertreibt. Aber
staates bewegt,

und oder Bun-
nd sie benötigt
n der Mitglied-
, einen weitge-
n eine eng ver-
einsame Wäh-
licher Souverä-

ist es Ziel der
nengrenzen zu
irtschaftlichen,
wie gesagt, ein
n man die Sub-
tet, es sind das
laß diese Form
s wird manche
wird man einen
lieren müssen.
von Jahren in
Weltmachtposi-
hat ihre Welt-
tteleuropa aus-
daß es zu einer
vor 50 Jahren
ege wesentlich
tiegen und hal-
hte seiner geo-
nachdem sein

ökonomisches System zwar nicht total, aber doch wesentlich geändert wurde, eine Großmacht geworden. Indien könnte es auch werden, Brasilien wahrscheinlich auch. Voraussetzungen sind zunächst immer die Größe und die Bevölkerungszahl. Ein einigermaßen einiges Europa, also zumindest ein Staatenbund mit enger Zusammenarbeit, würde dazuzählen. Nach wie vor ist Rußland mit 17,1 Mio. km² der größte Staat dieser Erde. Die USA haben 9,8 Mio. km², die Volksrepublik China 9,6 Mio. km², Brasilien 8,5 Mio. km², Indien 3,3 Mio. km². Das Europa der EU hätte zur Zeit rd. 4,5 Mio. km² und rd. 500 Mio. Einwohner, wobei, ohne Überheblichkeit, Europa im naturwissenschaftlichen und technischen Fortschritt aufgrund seiner Tradition die besten Möglichkeiten und Chancen hätte.

Die Zukunft dieser großen Länder oder Ländergruppen wird vom technisch-naturwissenschaftlichen Fortschritt und dem damit verbundenen ständigen Wachstum der Wirtschaft abhängen. Das heißt nicht, daß nicht europäische Talente auch in anderen Teilen der Welt arbeiten sollen, oder Talente aus Ländern außerhalb Europas nicht in Europa arbeiten sollen. Aber für Europa wäre es wichtig, das mag jetzt europä-nationalistisch klingen, das Talentreservoir auf dem eigenen Kontinent zu nützen. Oder um es abgekürzt zu sagen, wenn der europäische Einigungsprozeß nicht bürokratisch erstickt wird, haben wir große Chancen, eine bedeutende Rolle zu spielen. Nun, das ist kein böses Ziel, hat auch mit Weltherrschaft nichts zu tun, sondern am vernünftigsten wäre es, wenn in einer friedlichen Welt Europa eine gute Rolle spielen könnte.

Nun aber ein sehr heikles Thema. Ich habe als Bub noch den Zweiten Weltkrieg erlebt. Mein erster Schultag war der 1. September 1939, und bei Kriegsende war ich zwölf Jahre alt. Von den Familienmitgliedern im wehrfähigen Alter ist die Hälfte gefallen oder an Verletzungen und Krankheiten, die sie sich beim Wehrdienst zugezogen haben, gestorben. Ich bin ein Pazifist, der mit dem Wissen lebt, daß kriegerische Auseinandersetzungen offensichtlich ein Bestandteil der menschlichen Natur sind. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab es eine Unzahl von Kriegen, bis zum heutigen Tag, und nun schreibe ich etwas, was mir sehr schwerfällt. Ich bin kein Militär, zu Organisationsfragen will ich mich nicht äußern, aber wenn Europa eine Rolle spielen will, dann muß es auch eine militärische Bedeutung haben, ohne aggressiv zu sein, im umfassenden Sinn unter Benutzung der modernsten Technik. Ein Satz, den zu formulieren mir sehr schwergefallen ist, denn, was ich als Bub im Krieg erlebt habe, zählt noch immer zu den stärksten Eindrücken meines Lebens.

Wenn man die europäische Geschichte betrachtet, ist im Lichte unserer Vergangenheit schon sehr viel erreicht worden. Ich bin immer ein Anhänger des europäischen Zusammenschlusses gewesen. Aber ich war auch immer skeptisch, ob ein Übermaß an bürokratischen Institutionen das politische Ziel erreichen kann oder es nicht behindert. Die nationalen Identitäten sind noch sehr stark. Nehmen wir den blutigen Zerfall Jugoslawiens, da war ja der Zerfall der Habsburgermonarchie fast ein geordneter Prozeß; im heutigen Europa zeigen sich zwar regionale Separatismen – die Nordiren wollen nicht gerne zu Großbritannien gehören, auch die Schotten nicht, die Basken und Katalanen fühlen sich offensichtlich in Spanien nicht wohl, und in Belgien gibt es immer wieder Diskussionen, ob sich die Flamen und Wallonen nicht trennen wollen –, eines aber wollen alle: Europäer bleiben. Im Licht dieser Ereignisse ist der Gemeinsame Markt der EU schon eine gewaltige Leistung. Was ich für eine erhebliche Schwierigkeit halte, ist in vielen EU-Staaten die geringe Akzeptanz des Zusam-

menschlusses. Hier sind meines Erachtens viele politische Fehler gemacht worden. Trotzdem, der Integrationsprozeß sollte vorangetrieben werden, aber immer unter Bedachtnahme darauf, daß die Individualität der europäischen Völker, die in einer gemeinsamen Kultur verbunden sind, nicht angegriffen wird. Um hier auch noch einige Beispiele zu bringen: Die Musik, die großen Komponisten Europas sind in allen Ländern akzeptiert, ob sie nun Österreicher, Engländer, Tschechen, Spanier, Deutsche oder Franzosen sind. Das gleiche gilt für die Literatur. Die großen Dramatiker, Romanciers sind allgemein akzeptiert und werden übersetzt; das sind Bindeglieder, die man nicht unterschätzen darf.

Die Euro-Zone – ein »partieller« Bundesstaat?

Nun aber zu einigen wichtigen wirtschaftlichen Fragen. Beginnen wir mit dem Euro. Der entscheidende Anstoß für die Einführung des Euro war kein wirtschaftlicher, sondern ein politischer. Es geschah im Zusammenhang mit der Wende 1989. Nach vielen Jahren Diskussion über das europäische Währungssystem kam es nach der Wende zur Einführung des Euro. Ebenso wie es Widerstand gegen den Euro gab, gab es auch erheblichen Widerstand gegen die deutsche Wiedervereinigung. Vor allem die legendäre britische Premierministerin Margaret Thatcher war eine Gegnerin der Wiedervereinigung, was sie in ihren Memoiren *Downing Street No. 10. Die Erinnerungen* festgehalten hat.

So einfach war weder das »Europäische Währungssystem« noch die deutsche Wiedervereinigung, wie wir Thatchers Buch entnehmen können. So heißt es unter dem Titel »Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)«: Eine Wirtschafts- und Währungsunion jedoch – also der Verlust des Rechts, eine eigene Währung herauszugeben, Zustimmung zu einer europäischen Einheitswährung und einer einheitlichen Zentralbank sowie zu gemeinsamen Zinssätzen – ist das Ende der wirtschaftlichen Unabhängigkeit eines Landes und führt folglich zu zunehmender Bedeutungslosigkeit seiner parlamentarischen Demokratie. Dabei geht die Steuerung der eigenen Wirtschaft von der gewählten Regierung, die dem Parlament und dem Wähler Rede und Antwort stehen muß, an eine anonyme supranationale Behörde über.

Fest steht, daß die Wirtschafts- und Währungsunion eigentlich mit einer gesamt-europäischen Regierung gleichzusetzen ist – zugegebenermaßen einer föderalistischen – und somit eine politische Union bedeutet: Die Vereinigten Staaten von Europa. Aber dieses Modell steht zum jetzigen Zeitpunkt für uns noch nicht zur Debatte, und das wird es auch in absehbarer Zukunft nicht. Im Kapitel »Auseinandersetzung über den Wechselkursmechanismus im Europäischen Währungssystem im Jahr 1985« dokumentiert Thatcher ihre Kritik am Wechselkursmechanismus: »Ich konnte keinen besonderen Grund erkennen, warum die britische Währungspolitik im wesentlichen von der Deutschen Bundesbank und nicht vom britischen Finanzministerium bestimmt werden soll – außer wir hätten kein Vertrauen in unsere Fähigkeit, die Inflation unter Kontrolle zu bringen. Darüber hinaus bezweifelte ich, ob die Industrielobby – die uns stark bedrängte, dem Wechselkursmechanismus beizutreten – weiterhin so begeistert sein würde, wenn sie erkannte, daß ihre Produkte nicht mehr wettbewerbsfähig waren.« Über die Entstehung des Delors-Berichts zur Wirtschafts- und Währungsunion notierte sie: »Als Ergebnis des im Juni 1988 in Hannover einberufenen Europäischen Rats war unter Vorsitz von Jacques Delors ein Ausschuß bestehend

aus Füh
Experte
erstatte
Und
Hoffnung
langsam
ausgehe
(von de
keiten c
Gemein
eigener
schafts
die rasch
vier Si
Sowjet
Sowjet
tischen
lesensw
malige
werten
sten St
turbule
weit d
Für
reichlich
D-Mark
Spanien
schaftl
und ei
De
– logi
schaft
hend
wickl
riment
Ei
gratio
Euro
ob de
schein
zwar
die g
besor
Teil i
was c
Art v
eing

aus Führungskräften der Zentralbank der EG – in ihrer Eigenschaft als unabhängige Experten – gebildet worden, um über die Wirtschafts- und Währungsunion Bericht zu erstatten.«

Und im Kapitel »Eine britisch-französische Achse?« offenbart sie: »Falls es noch Hoffnung gab, die deutsche Wiedervereinigung aufzuhalten oder zumindest zu verlangsamen, so mußte eine entsprechende Initiative von Großbritannien und Frankreich ausgehen. Doch selbst wenn Präsident Mitterrand seinen heimlichen Befürchtungen (von denen ich wußte) Taten folgen lassen sollte, standen uns nur wenige Möglichkeiten offen. Sobald die Entscheidung gefallen war, daß die DDR der Europäischen Gemeinschaft ohne besondere Beitrittsverhandlungen beitreten konnte – aus meinen eigenen Gründen war ich gegen eine Vertragsänderung und irgendwelche Gemeinschaftshilfen –, konnten wir mit Hilfe der EG-Institutionen kaum noch etwas gegen die rasche Wiedervereinigung unternehmen. Meine Hoffnung stützte sich nun auf die vier Siegermächte – Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion –, bei denen die Verantwortung für die Sicherheit Berlins lag.«

Soweit, um einen Eindruck von der Stimmung zu geben, die jedenfalls in der britischen Regierung geherrscht hat. Historisch gesehen sind Thatchers Erinnerungen lesenswert. Sie zeigen klar das europäische Problem, das bis heute existiert: Die ehemaligen europäischen Großmächte sind – ohne daß dies als »Herabwürdigung« zu werten ist – bestenfalls Mittelmächte. Europa als Ganzes könnte zu den bedeutendsten Staaten oder Staatenbünden dieser Erde zählen. Solange Europäer aber mit der turbulenten Geschichte ihres Kontinents bis heute nicht zurande kommen, ist die EU weit davon entfernt, eine wesentliche Rolle zu spielen.

Für Österreich war der Eintritt in den Euro-Raum kein Problem, denn der österreichische Schilling war seit 1978 mit einem festen Wechselkurs an die »harte« D-Mark gebunden. Eine ganze Reihe anderer europäischer Staaten aber, wie Italien, Spanien oder Griechenland, gewannen immer wieder wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Spielraum, indem sie ihre Währung gegenüber der D-Mark abwerteten und eine Reihe von Jahren durchaus damit leben konnten.

Der große Jubel bei der Einführung war, so gesehen, vielleicht emotional richtig – logisch und vernünftig war er nicht. Denn mit allen Erfahrungen, die man wirtschaftspolitisch hat, ist der Euro von Anbeginn an ein Experiment gewesen. Weitgehend souveräne Staaten mit einem durchaus unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstand unter einer Währung zusammenzuspannen, ist nun einmal ein Experiment.

Eines der wesentlichsten Probleme im Zusammenhang mit der europäischen Integration ist die Zweiteilung Europas im Währungsbereich. Siebzehn Staaten haben den Euro akzeptiert, elf aber noch nicht oder wurden nicht eingeladen beizutreten. Egal ob der eine oder andere noch dazugeht, Großbritannien wird das mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht machen. Damit ist eine Zweiteilung Europas durchgeführt, und zwar mit erheblicher Konsequenz. Wie wir bereits weiter oben festgehalten haben, ist die gemeinsame Währung ein so wesentliches Instrument der staatlichen Politik, im besonderen der Wirtschaftspolitik, daß bei den siebzehn Staaten auch ein wesentlicher Teil ihrer Souveränität verlorengeht. Im währungspolitischen Bereich und in allem, was damit zusammenhängt, gibt es einen partiellen Bundesstaat Europa. Eine neue Art von Zweiteilung: auf der einen Seite die Staaten, die die gemeinsame Währung eingeführt haben, auf der anderen die, die sie nicht eingeführt haben.

Eine gemeinsame Währung ist daher nicht nur im ökonomischen Bereich ein Souveränitätsverlust, sondern auch im politischen. Die gemeinsame Währung zwingt die Mitglieder des Währungsverbundes zu gewissen Verhaltensweisen. Um es extrem zu formulieren, *de facto* sind die kleinen Mitglieder den großen unterworfen. Die großen Länder entscheiden den wirtschaftspolitischen Weg, allein schon deshalb, weil die EZB in der Lage ist, die Mitglieder in eine bestimmte Richtung zu zwingen. Dazu ist eine Mehrheit in den Organen notwendig.

Nehmen wir das Beispiel Griechenlands, eines der kleineren Mitglieder der Eurozone. Griechenland geriet in eine gewaltige Krise. Die Entscheidung, Griechenland in der Eurozone zu belassen, hat bedeutende Unterstützungen durch Finanzierung des Staates und vor allem Sanierungen der lokalen Banken erfordert. Der strikte Sparkurs, der verordnet wurde, hat zu großer Arbeitslosigkeit, dauernden Streiks und vielen Unruhen geführt. Nun, unterdessen wurde eingesehen, daß schrumpfende Wirtschaften keine gute Grundlage für eine erfolgreiche Sanierungspolitik sind, nicht nur in Griechenland, auch in anderen von der Finanzkrise besonders betroffenen Staaten.

Ein Ausscheiden aus der Eurozone sollte keine Katastrophe sein, allerdings wäre es notwendig, eine zweite Währungsordnung, besser gesagt, einen zweiten Währungsring um die EU zu legen, der die nicht der Eurozone angehörenden Länder umfaßt. Zu debattieren wäre, ob eine »Währungsunion« gegründet wird, die Wechselkursveränderungen der nationalen Währungen gegenüber dem Euro innerhalb von definierten Bandbreiten halten könnte und dergleichen mehr. Es wäre wahrscheinlich vernünftiger gewesen, eine Kernzone des Euro zu schaffen, mit den sechs Gründungsmitgliedern der EU und zusätzlich vielleicht den skandinavischen Ländern und Österreich. Zu hoffen ist, daß die Eurozone die Lösung der Währungskrise schaffen wird, wahrscheinlich wird sie aber noch mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Trotz aller Schwierigkeiten ist der Euro heute neben dem US-Dollar die zweite Leitwährung dieser Erde. Wenn man auch berücksichtigt, daß der Wechselkurs des Euro zum US Dollar 1,38 beträgt (zur Zeit der Abfassung des Aufsatzes), ist das eine Art kursmäßiger Höhenflug, der eine erhebliche Schwächung der europäischen Außenhandelsposition bedeutet.

Zusammenfassend: Die gemeinsame Währung bedeutet eine Einschränkung der wirtschaftspolitischen Souveränität und vor allem auch eine abgestimmte Finanzpolitik.

Basel III – mögliche Auswirkungen auf Österreich

Nun aber zu Österreich. Die von den USA ausgehende Finanzkrise ist in Europa noch nicht ausgestanden. Die eingeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, zum Teil intensive Sparmaßnahmen, haben meines Erachtens zu einer erheblichen Einschränkung des Wachstumsprozesses geführt. Die Banken, auch die europäischen, haben das Finanzsystem aufgebläht und der Kreditapparat ist teilweise zu einer Art Wettbüro geworden. Die Regierungen haben das nicht gesehen, oder wollten es nicht sehen, Kritik hat es genug gegeben. Dann brach von Amerika aus die Finanzkrise aus. Es stellte sich heraus, daß auch die europäischen Banken große Mengen der schwachen amerikanischen Wertpapiere gekauft und erhebliche Verluste im internationalen Geschäft erlitten hatten. Wer es nicht glaubt, muß nur die Diskussion in den USA ver-

folgt
derg
beer
klas
kata
U
hat
Den
gess
Rea
gun
wirt
eine
Geld
einf
Güt
Geld
Das
Der
Sach
dan
gröl
ver
syst
den
Gel
sich
auc
syst
bew
Fin
gen
neh
öffe
gen
halt
öffe
Hat
mö
Gel
wal
stru
daf
Zin

folgen, wo prominenteste Banken zu Milliarden-Dollar-Zahlungen sozusagen als Wiedergutmachung verurteilt wurden. Auch in Europa sind die Bankensanierungen nicht beendet. Um aber eines festzuhalten: Die großen Verluste haben die Banken nicht im klassischen Kreditgeschäft erlitten, das lief bisher trotz Wachstumsschwäche nicht katastrophal.

Und nun kommt eine völlig problematische Angelegenheit auf uns zu. Österreich hat Basel III zugestimmt. Was hat das für Auswirkungen für die Gesamtwirtschaft? Denn es ist zur Zeit üblich, daß ununterbrochen über Banken geredet, dabei aber vergessen wird, daß alles, was den Banken verordnet wird, große Auswirkungen auf die Realwirtschaft hat. Um etwas besser zu verstehen, was gemeint ist, einige Überlegungen zu den möglichen Auswirkungen von Basel III auf die österreichische Realwirtschaft. In unserer Gesellschaft spielen die Banken eine wesentliche Rolle. Nur eine kurze Erläuterung der Bankenfunktion. In den letzten Jahrzehnten sind sowohl Geldvermögen als auch Sachvermögen ununterbrochen gewachsen. Sachvermögen ist einfach definiert. Es ist die Summe allen Sachbesitzes, Kleider, Möbel, technische Güter, Auto usw. Geldvermögen läßt sich in einer einfachen Formel darstellen:

Geldvermögen = Kassa + Forderungen – Verpflichtungen

Das Einkommen eines Wirtschaftssubjektes = Vermögenszuwachs + Konsum

Der Vermögenszuwachs eines Wirtschaftssubjektes =
Sachvermögenszuwachs + Geldvermögenszuwachs

Wenn wir nun die Summe aller Geldvermögen über den Erdball hinweg addieren, dann ist sie gleich Null, d. h., die Summe aller einzelwirtschaftlichen Vermögensvergrößerungen ist daher stets genau gleich der Summe aller einzelwirtschaftlichen Sachvermögensvergrößerungen, und das ist der Ansatz für die Bedeutung des Finanzsystems, denn dieses Finanzsystem verteilt – über Liquidität – in Geldform die aus dem Geldvermögen herrührenden Finanzmittel von den Wirtschaftssubjekten mit Geldvermögensüberschüssen in die Bereiche mit Geldvermögensdefiziten. Das drückt sich, wenn man einen Blick in die Bilanzen wirft, z. B. in den Krediten, letztlich aber auch in Aktienkapital, Anleihen usw. aus. Das Finanzsystem ist daher ein Verteilungssystem, das die gigantischen Geldvermögensströme im wesentlichen unter Wettbewerbsbedingungen über die Finanzmärkte verteilt. Eine wesentliche Funktion des Finanzsystems besteht darin, daß dieser Beurteilungsprozeß immer Risikobewertungen beinhalten muß. Das bedeutet, um es etwas zu präzisieren: Wenn wir die Teilnehmer am Finanzierungsprozeß in Gruppen (Privathaushalte, Unternehmungen, öffentliche Hand, Zahlungsbilanzdefizite, -überschüsse) ordnen, dann läßt sich folgendes feststellen:

Die Geldvermögensüberschüsse sind in der Regel im Bereich der privaten Haushalte, die Geldvermögensdefizite am größten im unternehmerischen Bereich. Bei der öffentlichen Hand gibt es wechselnde Situationen. Bei Unternehmungen und privaten Haushalten ist es seit Jahrzehnten so, daß die Unternehmungen insgesamt Geldvermögensdefizite und die Haushalte Geldvermögensüberschüsse haben. Sowohl die Geldvermögensüberschüsse als auch die Schulden werden vom Finanzsystem verwaltet und der Ausgleich über Kreditgewährung, Wertpapiere und sonstige Finanzinstrumente durchgeführt. Das ist die Funktion des Finanzsystems; das Schmiermittel dafür ist Geld (Liquidität), wobei diejenigen, die ihr Geldvermögen veranlagen, dafür Zinsen, Dividenden, vielleicht auch Kursgewinne usw. bekommen, und diejenigen,

denen die Mittel zugeführt werden, Zinsen, Dividenden, Gewinnanteile zahlen müssen. Dazwischen gibt es eine Differenz, das sind die Spannen, die im Finanzsystem verbleiben und seine Kosten, die Risikovorsorge und die Gewinne decken. Wird nun dieser ständige Fluß gewaltiger Liquiditätsmengen von den »Geldvermögensüberschußbesitzern« zu den Wirtschaftssubjekten mit Geldvermögensdefizit nachhaltig gestört, dann funktioniert das System nicht mehr. Das hat meines Erachtens nicht nur ökonomische Wirkungen, das ist eine Existenzfrage eines marktwirtschaftlichen Systems und damit eine eminent politische Frage.

Ein weiteres Problem ist, was nun das Finanzsystem für diese Tätigkeit bekommen soll. Und das ist zur Zeit ein großer Streitpunkt. Denn wer soll darüber entscheiden? Der Markt, wobei das Finanzsystem logischerweise eine große Machtposition hat. Und die Frage ist, wie nun, um es zu reduzieren, die Gewinne des Finanzsystems zustande kommen und wie hoch sie sein sollten. Ein berühmter Ökonom, der Schwede Knut Wicksell (1851–1926), hat einmal formuliert: »Banken sind nicht dazu da, viel Geld zu verdienen, sondern dem Publikum zu dienen.« Nun, eine interessante Frage, die »politpsychologischer Natur« ist: Wie viel darf denn im Finanzsystem verdient werden? Ökonomisch vielleicht nicht so wichtig, politisch aber schon, und so – hoffentlich nicht – verkümmert die lebenswichtige politische Diskussion über die Zukunft des Finanzsystems zu einer politischen Streiterei über Direktorengagen. Nun, hoffentlich geht das gut.

Die Marktwirtschaft ist ein Gewinn-Verlust-System. Scheitern wird es daher immer geben, aber es muß in Grenzen gehalten werden, das ist das Problem, bei dem das Finanzsystem eine entscheidende Rolle spielt. Versagt es, ist die Marktwirtschaft gefährdet. Wird es weitgehend durch Entscheidungen der öffentlichen Hand ersetzt, ist das System der zunehmenden Bürokratisierung auf dem Weg zu einer schleichen- den Systemänderung.

Es sei wiederholt: Das Finanzsystem hat nur *eine* wesentliche Aufgabe, nämlich Geldvermögensüberschüsse zu Geldvermögensdefiziten zu leiten. Diese Funktion nehmen alle Märkte wahr, in denen das Finanzsystem operiert: Geldmärkte, Kapitalmärkte, auch Derivatmärkte. Die scheinbare Kompliziertheit der Derivatmärkte verdeckt oft, daß sie im wesentlichen Weltmärkte sind und zum Teil Risiken absichern, aber auch Chancen geben sollen, um Gewinne zu machen.

Die Aufgabe des Finanzsystems ist jedoch keine einfache, sie erfordert hinreichende Kenntnisse der Wirtschaft, der wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch des politischen Systems, denn es geht darum, daß der gewaltige Strom anlagebereiten und anlagefähigen Geldvermögens in Bereiche fließt, die in der Lage sind, den Preis für die zur Verfügung gestellten Mittel zu zahlen, daher zu wachsen und Gewinne zu erzielen.

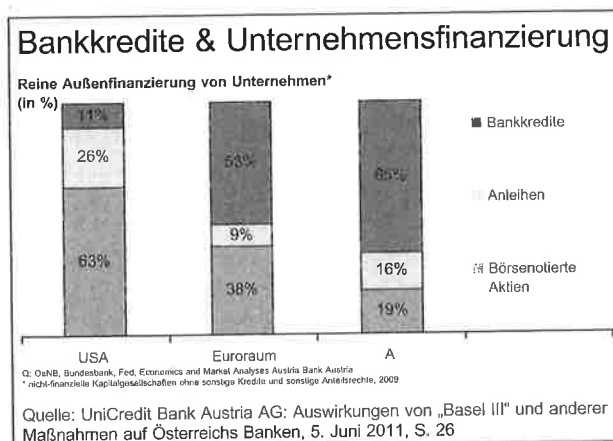
Aber auch die zweite zusätzliche Funktion des Finanzsystems – die Risikoeinschätzung der Veranlagungen – sei kurz umrissen. Das Finanzsystem hat es in der Hand, Unternehmungen stärker wachsen zu lassen, oder, um es euphemistisch zu formulieren, sie weniger oder gar nicht mit zusätzlicher Liquidität zu versorgen, indem es z. B. aus Risikoüberlegungen die zur Sicherung der existenznotwendigen Mittel nicht oder nicht hinreichend oder zu teuer zur Verfügung stellt. Eine eindeutige Lösung dieses Problems, das für die Funktion eines marktwirtschaftlichen Systems fundamental ist, gibt es unter den gegebenen Verhältnissen nicht. Die Chance ist nur, daß der Wettbewerb des Finanzsystems die Chancen für Unternehmen erhöht, Kredi-

te zu bekommen. Unser Wissen um Risikobeurteilung ist einer der entscheidenden Faktoren für die Wachstumspolitik, eine der entscheidenden Einflußgrößen.

Die klassische Sicherheitspolitik der Banken bedeutet eher Festigung des Bestehenden und Beschleunigung des Konzentrationsprozesses als eine Förderung von Newcomern, die für ein marktwirtschaftliches System existenznotwendig sind, wobei auch die gewaltige Konzentration im Finanzsystem dazu führt, daß die wachsende Macht der großen Einheiten sie zwar zu »unsinkbaren Schiffen« mutieren läßt, der Kontakt zur mittelständischen Wirtschaft aber bescheiden bleibt. Die kleinen Banknetze werden zum Teil, wie das Beispiel in den Vereinigten Staaten zeigt, liquidiert, ohne daß ihnen jemand hilft, oder tragen zur Konzentration der großen Bankensysteme bei, wobei aus Erfahrung eines klar ist, daß zum Beispiel die Kreditinstitutsnetze in Österreich – Sparkassen, Raiffeisenkassen, Volksbanken – viel dazu beigetragen haben, daß der Mittelstand einigermaßen ordentlich betreut wird. Das war nicht zuletzt eine der Voraussetzungen dafür, daß die österreichische Volkswirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg eine Entwicklung genommen hat, die ihr auch große Optimisten nicht zugetraut haben.

Auch wenn der Konzentrationsprozeß im Banksystem weitergehen wird, muß ein Zugang zum System durch Bankgründungen möglich sein und darf der »mittelständische« Bankapparat im Konzentrationsprozeß nicht untergehen. – Denn je größer die Unternehmungen sind, um so bürokratischer werden sie geführt.

Basel III, ohne ins Detail zu gehen, das sei einem späteren Aufsatz vorbehalten, besteht im wesentlichen darin, die Eigenkapitalausstattung der Finanzinstitute zu erhöhen und Kredite je nach Rating mit Eigenmitteln zu unterlegen. Die EU hat nun im Amtsblatt der Europäischen Union L176 vom 27. 6. 2013 die Rechtsvorschriften, das heißt Verordnungen und Richtlinien, veröffentlicht. Das ist ein Konvolut von 436 Seiten! Ich möchte mich jetzt damit nicht näher beschäftigen, aber was heißt das für ein Land wie Österreich?



Für Österreich, das im wesentlichen sein Wachstum aus Erträgen der Firmen, aber in noch viel stärkerem Maße, wie die Tabelle oben zeigt, mit Krediten finanziert hat, bedeutet Basel III eine Gefahr. Wir haben keinen hochentwickelten Kapitalmarkt, der zur Finanzierung der Unternehmen wesentlich beiträgt. Auch wenn wir beginnen, ihn aufzubauen, dauert es Jahre, bis er funktioniert. Aber die österreichischen Banken

werden wahrscheinlich weniger Kredite erteilen können. Die österreichische Wirtschaft wiederum besteht überwiegend aus mittelständischen Firmen, die in der Regel kaum kapitalmarktfähig sind. Österreich hat nur wenige kapitalmarktfähige Unternehmen. Es besteht die Gefahr, daß wir uns eine Wachstumsbremse aufbauen. Es wäre daher eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung, wichtiger als manches andere, dafür zu sorgen, daß die Kreditversorgung der österreichischen Wirtschaft gesichert bleibt, aber ohne Lasten für die Realwirtschaft. Es muß auch vermieden werden, daß Unternehmungen ausschließlich aus Finanzierungsgründen verkauft werden.

Weiters sollten im Zusammenhang mit dem Aufbau eines österreichisch-spezifischen Kapitalmarktes Regeln für die Mitarbeiterbeteiligung geschaffen werden. Es wird keine großartigen Gesetzesänderungen geben müssen, einige wenige gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Bestimmungen sollten für diesen Zweck geschaffen werden. Vielleicht wäre es möglich, sie in einem Mitarbeiterbeteiligungsgesetz zusammenzufassen. Das würde zweierlei bedeuten: Einmal eine breitere Streuung des Eigentums und zweitens zusätzliche Finanzierungsquellen für die Unternehmen.

Zusammenfassend sei festgehalten, daß der Wunsch nach einer engen Zusammenarbeit der europäischen Staaten für alle eine Notwendigkeit ist, auch für die großen. Wichtig wären klare Subsidiaritätsregeln und eine strikte Kostenkontrolle im Apparat der Europäischen Union. Die EU ist eine Chance für Europa, eine Chance der europäischen Länder, eine ihnen adäquate Rolle zu spielen. Keiner der EU-Staaten, auch die großen nicht, ist alleine in der Lage, diese Rolle zu spielen.